

Franken: Der geheimnisvolle Waldspaziergang

30. November 2020, 18:50 Uhr

Tourismus:Der geheimnisvolle Wald



In dem Waldstück am Kleinen Brombachsee war früher ein Munitionsdepot. Nun plant die Firma Center Parcs 800 Ferienbungalows und allerlei Drumherum.

(Foto: Limes Luftbild)

Auf dem Gelände eines alten Munitionsdepots in Franken könnte das größte Tourismusprojekt in Süddeutschland entstehen. Über eine ausgebremste Bürgerinitiative und einen Minister, der heimlich mit einem Lobbyisten durch den Wald geht.

Es war ein handverlesener Kreis, der sich am Nachmittag des 19. September, einem Samstag, in einem streng abgeschirmten Wald nahe des Dorfes Langlau im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen traf: Der Landrat und der Bürgermeister, zwei Förster, ein paar wenige Mitarbeiter von Landratsamt und Zweckverband Brombachsee. Sie begleiteten einen prominenten Besucher beim Waldspaziergang: [Joachim Herrmann](#), den bayerischen Innenminister. Und dann war noch ein Mann dabei, dessen Anwesenheit im Nachhinein Fragen aufwirft und Misstrauen nährt. Er heißt Stephan Heller und ist PR-Unternehmer in München.

Heller bietet seinen Kunden unter anderem "Intensivkommunikation" und "Beziehungsmarketing" an. Er und Herrmann kennen sich seit Jahrzehnten, wie Heller bestätigt. Neuerdings hat Heller beruflich im Fränkischen Seenland zu tun. Der französisch-niederländische Konzern Center Parcs will dort für mehrere hundert Millionen Euro einen Freizeitpark errichten. Genau in jenem umzäunten, dicht bewachsenen Waldgelände, das jahrzehntelang als militärisches Munitionslager diente und wo Herrmann nun rumspazierte.

Das Vorhaben ist in der Bevölkerung umstritten und PR-Mann Heller soll im Auftrag von Center Parcs für bessere Stimmung sorgen. Ein Werbefilmchen hat er bereits produziert und veröffentlicht.

All das ist an sich nicht verwerflich. Im konkreten Fall allerdings heizt der Kreis der Waldspaziergänger das Misstrauen und damit den Unmut in weiten Teilen der Bevölkerung gegen den Freizeitpark weiter an. Wie kann es sein, dass ein Center-Parcs-Lobbyist Seit' an Seit' mit dem Minister durch den Wald spazieren darf, einer Bürgerinitiative aber der Zutritt zu dem Gelände verwehrt wird? Und warum die Heimlichtuerei? Minister, Landrat, Bürgermeister - niemand hielt es für notwendig, die Öffentlichkeit über den Minister-Besuch zu informieren.

Der Vorgang passt ins Bild, das verantwortliche Politiker seit Monaten abgeben. Zwar wiederholt Landrat Manuel Westphal (CSU) schon länger sein Mantra, in Sachen Center Parcs sei noch nichts entschieden und alle Genehmigungsverfahren würden transparent, sorgfältig und korrekt abgewickelt. Gleichzeitig erwecken er und andere verantwortliche Politiker den Eindruck, dass vieles hinter dem Rücken der Bevölkerung läuft. Das Projekt - in der geplanten Dimension immerhin das größte anstehende Tourismusvorhaben in Süddeutschland - wurde vor zwei Jahren an den Einheimischen vorbei eingefädelt. Der damalige Landrat Gerhard Wägemann, der damalige Bürgermeister, die Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer und Hubert Aiwanger, die örtlichen Landtagsabgeordneten und vermutlich auch führende Kommunalpolitiker zumindest von CSU und FW wussten schon lange davon, was der Ferienkonzern plant. Die Bevölkerung aber erfuhr nichts. Auch nicht vor der Kommunalwahl.

Nun ist es nicht erwiesen, dass eine Mehrheit der Einheimischen gegen den Ferienpark ist. Die regionalen Tourismusmanager unterstützen das Projekt, ebenso eine stattliche Zahl an Hoteliers und Gastronomen. Der [Tourismus](#) beginnt im Fränkischen Seenland frühestens im Mai und endet Mitte September, Center Parcs soll ganzjährigen Tourismus ermöglichen. Auch die mittelfränkische Industrie- und Handelskammer hat sich für die Anlage mit rund 800 Häusern, Spaßbädern und Gastronomie als Chance zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung ausgesprochen. Ebenso die CSU.

Auch in der SPD, bei FW und vereinzelt sogar den Grünen gibt es Befürworter. Der Kreisvorsitzende des Bundes Naturschutz trat zurück, weil eigene Leute ihm vorwarfen, den Park nicht energisch zu bekämpfen. Und auch in der Bevölkerung finden viele die Pläne gut. Eine entsprechende Facebook-Gruppe wächst stetig, auf inzwischen mehr als 1600 Mitglieder.

Da ist aber auch die andere Seite. Sie offenbart sich in Demonstrationen, Flugblattaktionen und mehr als 6000 Unterschriften gegen den Park. Der Protest ist nahezu täglich ablesbar in einer Flut von Leserbriefen in den Lokalzeitungen. Neben ökologischer Kritik und ökonomischer Skepsis ist deutliches Misstrauen herauszulesen gegenüber den staatlichen Verfahren. Dass Herrmann nun mit einem ihm vertrauten Center-Parcs-Lobbyisten durch den Wald spazierte, stört manche auch, weil die Raumordnungsverfahren über die Regierung von Mittelfranken laufen - und diese ist der Staatsregierung unterstellt. Welchen Einfluss hat es da, dass der Minister verkünden lässt, er sei "offen für das Projekt, das eine große Chance für die Entwicklung der Region sein könnte"?

Beim Waldspaziergang gerne dabei gewesen wäre Klaus Maier, einer von 25 Aktiven der Bürgerinitiative "Seenland in Bürgerhand". Eine Anfrage, wenigstens als Initiative den Wald zu besichtigen, wurde abgelehnt. Zu gefährlich, personell nicht leistbar, begründete die zuständige Behörde und Noch-Eigentümerin, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Der Boden ist von riesigen Mengen Munitionsresten und Schadstoffen durchsetzt. Center Parcs aber habe man schon früh auf das Gelände gelassen, wendet Maier ein und wittert "Mauschelei". Die Initiative fühlt sich von der Politik "ausgebremst".

Zugleich hätten die Entscheider das Ausmaß einer Center-Parcs-Anlage nie ausreichend recherchiert. Wie viel Gewerbesteuer generiere nun Center Parcs? Was für Jobs seien es, die entstünden? Vorschläge der Initiative, lieber kleiner zu bauen, ein Tagungszentrum etwa mit mehreren Häusern, und den Wald mit geführten Touren der Allgemeinheit zugänglich zu machen, seien ignoriert worden. Seinen Ärger siedelt Maier weiter oben an: Ministerpräsident Markus Söder spreche vom Bäumeschützen und dass man Wälder erhalte. Doch mit Center Parcs drohe Versiegelung. "Er soll sich der Sache stellen und mit uns diskutieren."

© SZ vom 01.12.2020